

Protokoll
des Gründungsparteitags der Bundespartei "Die Grünen"

in Karlsruhe, Städt. Halle, am 12. und 13. Januar 1980

12.1.

- 10:08 Eröffnung der Versammlung durch Dr. Gruhl
Begrüßung der 1004 Delegierten der SPV "Die Grünen"
- 10:20 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Delegierten und ordentlichen Einberufung der Versammlung (mit 3 Gegenstimmen, 15 Enth., festgestellt).
- Ehrung der beiden in den letzten Wochen Verstorbenen Dr. Dick und Rudi Dutschke. Rede von M. Horacek .
 - Begrüßung im Namen des gastgebenden Landesverbandes Baden-Württ. durch W.-D. Hasenclever.
 - Solange Fernex spricht Begrüßungsworte im Namen der ausländischen Gäste.
- 58 Bericht der Mandatsprüfungskommission.
Michael Dombrowski berichtet: 1004 Delegierte sind in den Kreisverbänden bzw. auf Landesversammlungen ordnungsgemäß gewählt und nach Karlsruhe eingeladen worden.
- Antrag von K. Kerschgens auf Entlastung der Mandatsprüfungskommission. Angenommen mit 40 Gegenst., 30 Enth.
 - Antrag Dirk Schneider (AL Berlin) auf Zulassung der "autonomen" Delegierten und auf sofortiges Rederecht dreier Befürworter des Antrags.
Gegenrede gegen das Rederecht für drei weitere Sprecher. (N. Mann)
Abstimmung dazu: Antrag auf Rederecht für drei Befürworter angenommen.
 - Es reden für die Zulassung der aut. Delegierten
1) A. Schubart (GLH), 2) M. Wendt (AL Berlin), 3) H. Venske (BULI Hamburg),
dagegen: A. Haußleiter, B. Vogel, H. Gruhl
- 11:36 Antrag GO Christel Hellman, Hamburg, auf Zulassung einer Frau als Rednerin in dieser Sache. Angenommen.
Rede Chr. Hellman
- Abstimmung über Antrag D. Schneider : mit großer Mehrheit abgelehnt.
 - GO-Antrag E. Hoplitschek, AL Berlin auf Beratungspause der "alternativen" mit den ordentlichen SPV-Delegierten
Gegenrede (Keuer, RH.-Pf.) : Zeitknappheit
Abstimmung: Unklares Ergebnis. Zur Vermeidung der Auszählung (zeitraubend) schlägt das Präsidium 10-minütige Pause vor. Angenommen.
- 11:50 Wahl des Präsidiums. Norbert Mann im Namen des amtierenden Bundesvorstands der SPV 16 Personen vor. Dieser Vorschlag wird mit wenigen Gegenstimmen angenommen.
Besetzung des Präsidiums : Karl Kerschgens, Dietrich-Wilhelm Plagemann, Peter Sellin, Karl-Götz Bringmann, Jan Kuhnert, Ernst Hoplitschek, Dr. Renate Haußleiter, Reinhold Kaub, Walter Baumhauer, Dr. Wilhelm Knabe, Eva Zimmermann, Anke Burmester, Christine Bernbacher, Peter Keuer, Heiner Ohmstedt, Horst
- Protokollführung: Klaus Hecker, Thomas Morgenroth;
Judith Jaenicke, Erich Schneeweiß, Doris Schamell

12:05 Antrag N.Mann für das Präsidium auf Annahme des Vorschlags der Länderkommission zum Vorgehen bei Bearbeitung der Satzung (s.Anlage 1) Angenommen mit großer Mehrheit.

12:10 GO-Antrag H.W.Lücke, Freiburg :Keine Beschlüsse durch die Versammlung nach 22:00 Uhr am 12.1. Angenommen mit großer Mehrheit.

- GO-Antrag Johanna Meier, Berlin auf Änderung der vorliegenden Tagesordnung: Zunächst die Programm-, dann die Satzungsdiskussion führen. Abgelehnt mit großer Mehrheit.
- Antrag Dirk Schneider, Berlin: Zulassung von 30 zusätzlichen aus den alternativen Listen gewählten Delegierten als für diese Delegierten Rederecht auf Gäste; Antrag an die Versammlung.

Gegenrede erfolgt.

Weiterer Antrag von E.Hoplitschek, Berlin: Zulassung von 30 Delegierten ohne Rederecht.

Abstimmung über den weitergehenden Antrag (Schneider): Mit deutlicher Mehrheit angenommen.

- Antrag H.Weiss, Aschaffenburg :Rederecht für alle Anwesenden auf Antrag. Gegenrede erfolgt (N.Mann). Mit großer Mehrheit angenommen
- Antrag auf Redezeitbegrenzung für alle Redner auf 3 Minuten. Gegenrede. Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

12:30 Tagesordnungspunkt 6) : Bericht der Satzungskommission.

- H.Lippelt berichtet als Mitglied der Satzungskommission über
 - 1.Zusammensetzung der Kommission
 - 2.Satzungsentwurf von 1./2.12. und 8.12.79. (liegt den Delegierten vor).
 - 3.Länderkommissionsverfahrensentwurf (Anlage 1).

Zusatzantrag : Diskussion zu §2 der Satzung auf eine Stunde begrenzen
Diskussion zu §9 auf eine halbe Stunde begrenzen.

Gegenrede zum Verfahrensvorschlag und Zusatzantrag (Brink, Kassel)

- sowie Gegenantrag:
 - 1)Keine Festlegung auf 3 Redner "pro"/3 "contra"
 - 2)Redezeitbeschränkung und Begrenzung der Diskussionszeit aufheben.

Abstimmung über diesen Gegenantrag: Mit großer Mehrheit angenommen.

- Satzungskommission stellt die drei vorliegenden Präambelentwürfe vor: (Präambel A:K.G.Bringmann, B: Peter Sellin, C: W.Heidt)
- GO-Antrag (Plagemann): Präambeln und Programm wegen Zeitmangel erst nach der Parteigründung abstimmen. Gegenrede: Georg Otto. Antrag eindeutig abgelehnt.

- Antrag Lippelt: Abstimmung zunächst über Präambel C , im Ablehnungsfalle alternative Abst. über A/B.(jeweils als Diskussions- Angenommen mit gr.Mehrheit. Grundlage)

Abstimmung über Präambel C :

Ergebnis nach Auszählung der Stimmen:

Ja: 509 Stimmen; Nein: 436 ; Enth.:

Präambel C angenommen.

- Klarstellung durch Lippelt: Die angenommene Präambel C dient als Grundlage für die weitere Präambeldiskussion.Redaktionelle Änderungen möglich.Mit gr.Mehrheit angenommen.
- 13:30 - Antrag auf einstündige Mittagspause.Gegenrede.Angenommen.

14:30 Fortsetzung der Sitzungsdiskussion.

- Antrag Frau Haußleiter auf Annahmeschluß von Änderungsanträgen zur (GO) Präambel. Angenommen.
- Antrag zur Verfahrensweise: Satzung §-weise durchgehen, Änderungsanträge verlesen und kurz begründen. Meinungsbild erstellen. Angenommen.
- GO-Antrag (Zmyj, Hochtaunus) auf Annullierung der Präambelabstimmung. Erneute Einzelabstimmung über alle drei Präambeln. Gegenrede: Verfahren war vorher von Versammlung beschlossen. Antrag abgelehnt.
- GO-Antrag K. Molschner: Verfasser der drei Präambeln sollen sich zusammensetzen und eine weitere P. erarbeiten. Gegenrede. Antrag abgelehnt.

14:45 Eröffnung der Debatte um Änderungsanträge zur Präambel .

(Präambel, Absatz 1):

- Antrag D. Schneider: abgelehnt (s. Anl. 2). Antrag Lechner (Anl. 3): abgelehnt.
- Antrag : Einfügung von "grundlegende" vor dem Wort "Alternative" . Angenommen.
- GO-Antrag: Präambel nicht verändern, da sonst Verwässerung der urspr. von der Mehrheit gewollten Fassung. Gegenrede: Berücksichtigung von Minderheiten durch Änderung. Antrag abgelehnt.
- GO-Antrag W. D. Hasenclever: Änderungsanträge an eine Kommission weiterleiten. Gegenrede: Dies ist Versuch, eine neue Abstimmung zu erreichen. Antrag abgelehnt.
- GO-Antrag Hochstetter: Änderungsanträge so formulieren, daß darüber mit Ja oder Nein entschieden werden kann. Antrag angenommen nach formaler Gegenrede.

(Absatz 2)

- Antrag Hubert, Hamburg: Grundlegende Änderung von Abs. 2 (vgl. Anl. 4) Angenommen.

(Absatz 3)

- GO-Antrag (Reents, Hamburg und Zieran, Frankfurt): Zu Abs. 3 sollen versch. Änderungsvorschläge eingebracht werden. Angenommen.
- Antrag G. Otto, Hildesheim (s. Anl. 5): abgelehnt.
- Antrag Reents: Grundlegende Neufassung von Abs. 3 (s. Anl. 6): Abstimmungsergebnis nach Auszählung: 443 Ja/433 Nein/ Enth. - Antrag angenommen.

(Absatz 4)

- Antrag Lechner : Steichung des Worts "monetär" (Anl. 7) : Angenommen.
- Antrag Schörhusen : Zusatz am Ende des Abs. 4 (Anl. 8) : Angenommen.
- Antrag Holler (Anl. 9): abgelehnt.

(Absatz 5)

- Antrag Reents (Anl. 10) : abgelehnt.

- Antrag R.Vogt :Einfügung des Wortes "gewaltfrei" nach"basisdemokratisch" in Abs. 5. Angenommen. (Anl. 10a)
- 16:20 - GO-Antrag, den weiteren Text in der urspr. Fassung zu übernehmen. Gegenrede.Abstimmung, unklares Ergebnis.
Beratungspause des Präsidiums.
- Obiger GO-Antrag wird wiederholt.
- Alternativvorschlag seitens des Präsidiums: Zunächst Kenntnisgabe aller Änderungsanträge zum jew.Absatz, dann Einzelabstimmung, zuletzt Abst. über Gesamtpräambel.
Angenommen.
- Antrag Sproll: Zusatz zu Abs. 5 (s.Anl. 11). Angenommen.
- Antrag Becker (Hochtaunus) (Anl. 12) : Abgelehnt.
(Absatz 6)
- Antrag U.Restat,Kassel (Anl.13): Satz 1 :Angenommen
Satz 2 :Abgelehnt.
- Antrag Hoeltje,Hamburg: (Anl.14) :Abgelehnt
- 17:12 - Sitzungsunterbrechung für 5 Minuten
- Zwei Minuten Redezeit für ein junges Mädchen(Gast): "Was tun die Grünen für die Minderjährigen?"
- GO-Antrag auf sofortigen Schluß der Präambeldebatte.
Gegenrede :Es steht nur noch ein Absatz aus.
Abstimmung: Mehrheitl. abgelehnt. (Absatz 7)
- Antrag Carstensen auf Streichung von Abs.7 sowie Ersetzung desselben durch andere Formulierung (Anlage 15).Gegenrede Kerschgens.
Antrag D.Roggen : "Revolutionen" in Abs.7 streichen.(Anl.16).Gegenrede Heidt.
Antrag Gehrlein : Streichung bzw.Ersatz des letzten Satzes von Abs.7 (Anl.17).
Antrag Hoeltje : Ersetzung von Abs.7 durch andere Formulierung (Anl.18)
Antrag Schroeder,Berlin: "Evolution" ersetzen durch "grundlegende Änderung".(19)
Abstimmungen zu diesen Anträgen: Carstensen:abgelehnt.Roggen: Angenommen.
Gehrlein:Ange.; Hoeltje: abgel.; Schroeder: abgelehnt.
- Antrag Schroeder: Streichung der Passage " Sie steht jenseits aller traditionellen Ideologien".Angenommen
Antrag Roggen: Letzten Absatz aus Präambel B als Absatz 8 hier einfügen. Abgelehnt.
- 17:50 - GO-Antrag auf Abstimmung über die gesamte Präambel. Angenommen.
- Abstimmung über die Neufassung der Präambel: Mit großer Mehrheit angenommen. (Anlage 20).
Pause von 5 Minuten.
- 18:00 - Antrag Ohmstedt, den beiden o.e. Minderjährigen am 13.1. Redezeit für ihre Selbstdarstellung einzuräumen.Gegenrede.Angenommen.
Antrag, den §2 der Satzung am Ende der Satzungsdebatte zu diskutieren.
Gegenrede Steffens,HH. Abgelehnt.
- Antrag N.Mann: Die vorgeschlagene Verfahrensweise beibehalten (Anl.1).
Angenommen.
- GO-Antrag Vetter: Bei vorliegen von mehr als zwei Alternativen zu einem Satzungsteil, Abstimmung erst einzeln, dann alternativ über die beiden favorisierten Versionen.

Gegenrede dazu: Bei §2 zunächst Abstimmung, ob überhaupt ein "Abgrenzungsbeschluss" gefaßt werden soll.

Abstimmung Antrag Vetter: Abgelehnt.

18:15

(Beginn der Sitzungsdiskussion)

- Empfehlung der Satzungskommission, bei dem Verfahrensvorschlag zu §1 (Anlage 1) zu bleiben.
 - GO-Antrag auf Abstimmung zu §1 : Angenommen.
Abstimmung zu §1 , Absatz 1 : Angenommen
Absatz 2 : Angenommen } mit großer Mehrheit
Absatz 3 : Angenommen
 - Zusatzantrag (LVorstand Baden-W. und Bundesvorst.): Als Abs.4 zu §1 einfügen - s.Anlage 21. Angenommen.
 - GO-Antrag (Binder, Schata, Düsseldorf) : Rederecht für R. Bahro vor Beginn der Aussprache zu §2. Angenommen.
 - GO-Antrag: Begrenzung der Aussprache zu §2 auf eine Stunde.
Gegenrede : Lippelt, Erinnerung an schon gefaßten Beschluß.
Antrag angenommen.
 - Erläuterungen von H. Lippelt zur Einleitung in die Diskussion von §2:
 - Vorstellung der vier Alternativvorschläge (gem. Entwurf vom 1./2.12.)
 - Klarstellung der Vorgehensweise gemäß Vorschlag der Länderkommission (Anlage 1).
- P. Sellin stellt Variante B vor und stellt
- Antrag, Vorschlag A abzulehnen.
- H. Lippelt begründet Vorschlag A, Satz 1.

19:05

Eröffnung der Rednerliste.

- Reden von B. Springmann und R. Bahro.
- GO-Antrag, den Vorschlag des LV Nordrhein-W. (2.4 in Anlage 1) mit bei der Diskussion zu berücksichtigen. Gegenrede. Angenommen.
- GO-Antrag auf baldige Abstimmung des §2 nach drei Reden "pro"/drei "contra" - Verfahren. Gegenrede: G. Otto, Hildesheim.
- Beratungspause.
Klarstellung, welche Varianten somit zur Diskussion stehen: (Präsidium)
 - A1: Ausgedruckt als A in Anl.1
 - A2: Erster Satz von A
 - B1: Ausgedruckt als B
 - B2: Vorschlag NRW (siehe oben, 2.4) .
- GO-Antrag: Auch die ausgedruckten Varianten 2.5. und 2.7 zulassen.
Gegenrede: Begrenzung auf vier Vorschläge. Antrag abgelehnt.

20:08

W. Plagemann (präsidium) beschreibt weiteres Verfahren:

1. Je drei Redner sprechen zu den obigen Varianten
2. Meinungsbild durch Abstimmung über jeden Antrag.
3. Alternativabstimmung zwischen den beiden favorisierten Versionen.

Vorschlag des Präsidiums angenommen.

- Rednerliste: O. Dinné, Bremen (A2), A. Zmyj, Hochtaunus (B1), B. Köppel, Berlin B2.
F. Scholling (A2), B. Schorn, Bremen (B1), U. Carstens (B2)
N. Mann (A1), D. Hasenclever (A2), D. Burgmann (B1),
H. Schulz (B2),

- GO-Antrag: Schriftliche Abstimmung über die Vorschläge.
Gegenrede. Antrag abgelehnt. Mehrheit für offene Abst.
- GO-Antrag: Nach Erstellen des Meinungsbildes Abstimmung über den favorisierten Vorschlag aus A) gegen den favorisierten aus B). Gegenrede.
Antrag mit großer Mehrheit angenommen.
- Erstellen des Meinungsbildes (Stimmabgabe für mehr als einen Vorschlag ist zugelassen).
Ergebnis: (nach Auszählung)

A1 :	282 Stimmen
A2 :	566 "
B1 :	366 St.
B2 :	470 St.
- Endabstimmung über §2: Stichwahl zw. A2 und B2. Jeder Delegierte hat eine Stimme, Zählhelfer zeichnen die Stimmkarte ab.
Ergebnis (nach Auszählung):

A2 :	548 Stimmen
B2 :	414 Stimmen.
Enthaltungen :	6
Abgegebene Stimmen:	968.

§2 der Satzung lautet somit: "Mitglied der Partei kann jeder werden, der sich zu den Grundsätzen der Partei und ihrem Programm bekennt und keiner anderen Partei angehört."

22:00 Vertagung der Versammlung auf 13. Januar, 9:00 Uhr.

9:16 Eröffnung und Begrüßung. Das Präsidium weist auf die Zeitbegrenzung bis 17 Uhr hin.

Mit großer Mehrheit wird per Abstimmung beschlossen, mit der Diskussion um § 3 der Satzung zu beginnen.

Änderungsantrag KV Rosenheim: siehe Vorlage LK zu 3.3

Gegenrede: ebenfalls Mitglied des KV Rosenheim

Abstimmung: Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt

Schlußabstimmung über § 3: Vorschlag der SK mit großer Mehrheit angenommen.

§ 4 (1) und (2) wird entsprechend der Vorlage der SK mit großer Mehrheit angenommen; (3) nach einem Vorschlag der LK verschoben, da er in einem späteren Paragraphen behandelt wird.

§ 5 : Helmut Lippelt erläutert den Vorschlag der SK. Nach kontroverser Diskussion werden die Ziffern 1-6 von Absatz 1 einzeln abgestimmt. Sie werden jeweils mit großer Mehrheit angenommen.

Ziffer 7: Mehrheit stimmt für Streichung des Nachsatzes.

Antrag auf Streichung des Wortes "eigenständig" abgelehnt.

Antrag auf vollständige Streichung von Ziffer 2 wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag auf Schlußabstimmung über § 5 (2): mit Mehrheit angenommen

Antrag auf Ergänzung des § 5 durch Absatz 3 von W.-D. Hasenclever. Vorschlag des LV Baden-Württemberg (siehe LK unter 2.7.) soll nach einigen redaktionellen Änderungen in die Satzung aufgenommen werden.

Dem Antrag wird zugestimmt und danach die Ergänzung unter Absatz 3 mit knapper Mehrheit angenommen.

§ 6 : nach Verlesen durch das Präsidium werden aus dem Plenum 2 Anträge auf Einfügungen gestellt. Als § 6 (3) : "Mitglieder der LV können sich bundesweit zu Arbeitsgruppen zusammenschließen " und als Zusatz zu (2) nach Satz 1: "Es besteht die Möglichkeit, abweichend von den politischen Strukturen einen Regionalverband nach wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu wählen." Beide Anträge werden abgelehnt, danach wird der Vorschlag der SK mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag: § 5 soll um folgenden Zusatz ergänzt werden: (sinngemäß, siehe unter § 9) " 1. Mandatsträger der GRÜNEN dürfen kein Vorstandsamt bekleiden.

2. Dies gilt auch für Personen, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei stehen.

10:07 Die SK stellt den Antrag, die vorangestellten Anträge als Ergänzung zu § 5 bis zur Behandlung von § 9 zurückzustellen.

Antrag SK mehrheitlich angenommen.

Antrag: § 9 soll vor § 7 behandelt werden. Antrag wird abgelehnt

§7: Antrag von Max Winckler, "Bundeshauptausschuß und Bundeskontrollrat" einfügen.

Norbert Mann stellt für die SK fest, daß viele Vorschläge für weitere Parteiorgane vorliegen und spricht sich für den Bundeshauptausschuß aus.

Mehrere Redner sprechen sich gegen den Bundeskontrollrat aus.

GO-Antrag: Es sollen nicht ständig die selben Redner das Wort ergreifen (Bitte) Gemäß Antrag von M. Winckler wird in folgender Reihenfolge abgestimmt:

1. Abstimmung: Einfügung des Bundeshauptausschusses - mit Mehrheit angenommen

2. Abstimmung: Einfügung des Bundeskontrollrates - Mit Mehrheit abgelehnt

3. Abstimmung: Streichung der Landes-, Kreis- und Ortsorgane - mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag "Es wird empfohlen, Frauen und Minderheiten paritätisch zu beteiligen" wird wegen des Ausdrucks "Frauen und Minderheiten" abgelehnt.

Es folgen Redebeiträge zur Frauenfrage von:

Christa Lessmann

Hannelore Marby (Förderkreis Feministische Partei)

Sybille Blockstedt (Courage)

Antrag von M. Winckler: "Die Organe der LV und ihrer Untergliederungen werden durch die Satzungen der LV festgelegt" soll unter § 7 als (2) eingefügt werden. Abstimmung: mehrheitlich angenommen

Antrag von Frau Elisabeth Plattner (siehe LK 7.3.) wird mit Mehrheit als § 7 (3) angenommen.

Schlußabstimmung über § 7 : mit großer Mehrheit angenommen

§ 8 : Nach Vorstellung durch die Satzungskommission (Peter Sellin) werden die Absätze (1) -(5) mit großer Mehrheit angenommen.

GO- Antrag aus dem Plenum auf Zulassung von Zusatz- und Änderungsanträgen. Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über (6) und (7) : mit Mehrheit angenommen

11:05 Norbert Mann stellt stellvertretend für andere einen Initiativantrag, der als § 8a zusätzlich in die Satzung aufgenommen werden soll. Nach der Diskussion wird dem Antrag auf Streichung des 2. Halbsatzes, Absatz 3, 1. Satz zugestimmt. Schlußabstimmung: mehrheitlich für den neuen § 8a. Dieser lautet:

(1) Der Bundeshauptausschuß (BHA) ist das oberste Organ zwischen den Bundesversammlungen; er tritt mindestens 1x pro Vierteljahr zusammen. Seine Beschlüsse sind für den Bundesvorstand bindend.

(2) Der BHA besteht aus den Delegierten der Landesverbände und den Mitgliedern des Bundesvorstandes.

(3) Jeder Landesverband entsendet zwei Delegierte. Übersteigt die Mitgliederzahl am Jahresende 1000, so entsendet der Landesverband für je angefangene 2000 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Delegierten werden von den Landesversammlungen gewählt.

(4) Übersteigt die Zahl der Delegierten am Jahresende 40, so setzt die nächste Bundesversammlung den Delegiertenschlüssel neu fest.

§ 9: In der Diskussion um den § 9 beschließen die Delegierten die Weiterberatung der von Baldur Springmann für die SK vorgeschlagenen Variante.

Antrag von Karl Kerschgens: 9 Mitglieder für den Bundesvorstand

Gegenrede durch D.-W. Plagemann. Antrag Kerschgens abgelehnt.

Dem Absatz (1) wird mehrheitlich zugestimmt.

Absatz (2) wird nach redaktioneller Änderung (Widerwahlverbot) mehrheitlich angenommen.

Antrag: Streichung des Satzes: "Andere Ausnahmen bedürfen der 2/3 Mehrheit der Bundesversammlung". Dieser Antrag wird angenommen. Auszählung: 406:292 Während der Auszählung spricht Marco Panella, Partito Radicale, Italien; danach Petra Kelly und als Gast aus Holland H. Verbeek.

Roland Vogt bringt eine Resolution zur Unterstützung der Forderungen von Edmond Kaiser (Begründer von Terre des Hommes) ein. Der Resolution wird mehrheitlich zugestimmt. Text siehe Anlage.

Antrag: Streichung des 1. Nebensatzes. Abstimmung: Die Mehrheit ist für die Streichung.

Antrag: Streichung des letzten Satzes in Absatz 3: Der Antrag wird abgelehnt. Schlußabstimmung über § 9 (3): mehrheitlich angenommen.

Antrag der LK, den Absatz (4) um folgenden Text zu ergänzen: "...jedoch nicht aufgrund eines Dringlichkeitsantrages.". Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt, danach Schlußabstimmung über (4): mehrheitlich angenommen.

Ein Antrag auf eine Übergangsregelung für (5) wird mit dem Hinweis auf § 18 verschoben.

Antrag: Ausnahmen von der Regelung in Absatz 5 sind nur mit 2/3 Mehrheit möglich. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag KV Münster (s. Vorlage LK 5.1 Abs. 4). Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt. Der Text wird als Absatz 6 dem § 9 hinzugefügt.

Antrag KV Hildesheim: Als Absatz 7 soll hinzugefügt werden: "Wer im Vorstand auf Stadt-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene ein Amt inne hat oder wer als Abgeordneter im Landes-, Bundes- oder Europaparlament bzw. in deren Ausschüssen ein Amt übernimmt, darf für diese Amtszeit keine Aufsichtsratsposten sowie Beraterverträge annehmen oder innehaben."

Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Baldur Springmann zieht seinen Antrag "Ökologischer Rat" (SK §9) zurück.
Ein zusätzlicher Antrag zu § 9 von Bergedorf (HH), LK 9.3., wird abgelehnt.
Schlußabstimmung über § 9: Der erweiterte § 9 wird mit Mehrheit angenommen.

§ 10: Zusatzanträge von den KV's Hildesheim und Gräfenau/Heinzenberg (LK 10.1) werden nacheinander mehrheitlich abgelehnt.
Schlußabstimmung über § 10: mehrheitlich angenommen

GO- Antrag: Mitglieder der GRÜNEN ohne Delegiertenstatus sollen in den Versammlungssaal kommen können. Antrag durch Mehrheit abgelehnt.

13:10 Ansprache von Wolfgang Harich

13:30 Antrag von Karl Kerschgens, die Abstimmung der Paragraphen 11-17 en bloc vorzunehmen. Diesem Antrag wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ein Delegierter weist darauf hin, daß das zahlenmäßige Verhältnis von Bundesvorstand (§ 9) und Bundeshauptausschuß (§ 8a) durch das Ergebnis der Beratungen von § 9 unausgewogen ist.

Der Antrag, 3 statt 2 Vertreter je Land in den Bundeshauptausschuß zu entsenden (§ 8a, (3), 1.Satz) wird mit großer Mehrheit angenommen.

§ 11 wird mit großer Mehrheit angenommen

§ 12 wird mit wenigen Gegenstimmen angenommen

§ 13 wird nach redaktioneller Änderung ("Der Vorstand ...") mit Mehrheit angenommen.

Für die § 14 und 15 wird in getrennten Abstimmungen der Fassung der LK zugestimmt.

§ 16 und 17 werden in getrennten Abstimmungen entsprechend der Fassung der SK verabschiedet.

Antrag: 15-minütige Pause zur Beratung über erneute Diskussion des § 2. Eine klare Mehrheit kann vom Präsidium nicht ohne Auszählung festgestellt werden; die Pause wird gewährt.

14:20 Rede von Dr. Herbert Gruhl mit folgenden Anträgen:

- Parteigründung heute mit der heute verabschiedeten Satzung
 - Vorläufiges Programm bleibt das Europaprogramm bis zur endgültigen Verabschiedung des Programms auf einem Parteitag Ende Februar 1980.
 - Bis zu diesem Parteitag bleibt der Vorstand der SPV kommissarisch im Amt.
- Nach einer Gegenrede durch Georg Otto wird der Antrag von H. Gruhl mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Rednerliste zur Diskussion des § 18:

Helmut Kynast, Claus Offe, Dirk Schneider, Klaus Wollschner, August Haußleiter, Friedrich-Wilhelm Merck, Ludwig Mörsdorf, Wolf-Dieter Hasenclever, Martin Schata.

Nach den Beiträgen der oben aufgeführten Redner werden folgende Anträge zur Abstimmung gestellt:

W.-D. Hasenclever: "Die Landesverbände beschließen autonom Übergangsregelungen zur Anpassung ihrer Satzung an die Bundessatzung"

A. Haußleiter: "Die Landesverbände beschließen autonom Übergangsregelungen"

Auf Antrag von W.-D. Hasenclever, dem zugestimmt wird, wird sein Antrag als weitestgehender zuerst abgestimmt.

Der Antrag Hasenclever wird angenommen von der Mehrheit der Delegierten.

15:20 Der Beschluß über den Antrag von Hasenclever wird als geschäftsordnungs-
widrig angefochten.

15:26 Das Präsidium beschließt eine Beratungspause.

Ein erneuter Antrag aus Schleswig-Holstein "Die Landesverbände beschließen autonom Übergangsregelungen bis zum nächsten Parteitag" wird nach Gegenrede mehrheitlich abgelehnt.

Ein als GO-Antrag formulierter Antrag auf Widerbefassung mit § 2 wird nach Gegenrede eindeutig abgelehnt.

Schlußabstimmung über die § 1-17. Diese werden mehrheitlich angenommen.

- 15:47 Laut Präsidium müssen vor der Verabschiedung des Gründungsparagraphen (§ 18) programmatische Aussagen diskutiert sein.
Nach Stellungnahmen von Gruhl und Kuhnert wird alternativ über bereits schriftlich eingereichte Anträge zur Nichtbefassung bzw. Befassung mit dem Programm abgestimmt.
Nach Auszählung stimmen 519 Delegierte für Nichtbefassung mit dem Programm. Da dies die absolute Mehrheit darstellt, wird der zweite Antrag nicht ausgezählt.
Als Vorschlag für den nächsten Programmparteitag wird mehrheitlich ein Termin bis zum 31.3. 1980 festgelegt.
Als programmatische Aussage bis zum nächsten Programmparteitag wird in einer alternativen Abstimmung (Europawahlprogramm oder Offenbacher Präambelentwurf) das Europawahlprogramm angenommen.
- 16:30 Abstimmung über die einzelnen Absätze von § 18:
Die Absätze (1) - (3) werden mit Mehrheit angenommen
(4): "Die Regelung von § 9 (5) gilt erst ab 1.1.81" Dieser Antrag wird angenommen.
Antrag als (5): "Die in § 2 getroffene Regelung berührt nicht die Mitgliedschaft in der AL Berlin, die den Zwängen des Berliner Wahlgesetzes folgend sich als Partei konstituieren mußte." Die Mehrheit stimmt für diesen Antrag.
Antrag als (6): "Bis zur Verabschiedung der Schiedsgerichtsordnung gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das Schiedsgerichtsverfahren. Das sind die §§ 1025-1048 entsprechend." Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.
Antrag als (7): Diese Satzung ist von § 3-17 während der nächsten zwei Bundesversammlungen mit einfacher Mehrheit änderbar." Dem Antrag wird zugestimmt.
Antrag als (8): "Das bisherige Programm der SPV (Europawahlprogramm) bleibt bis zur Beschlußfassung über ein neues Programm der Partei in Kraft. Die Beschlußfassung hierüber erfolgt mit einfacher Mehrheit. Bis zum 31.3.1980 ist eine Bundesversammlung abzuhalten." Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.
Antrag als (9): "Die Mitglieder des Bundesvorstandes und Schiedsgerichts sowie die Kassenprüfer der SPV bleiben bis zur satzungsmäßigen Neuwahl im Amt." Die Mehrheit der Delegierten stimmt diesem Antrag zu.
- Das Präsidium stellt fest, das aufgrund eines Verfahrensfehlers bei der Abstimmung über den Absatz 10 von § 18 diese wiederholt werden muß: Antrag Haußleiter versus Antrag Hasenclever.
Obwohl sich Hasenclever gegen die Alternativabstimmung ausspricht, wird sie vom Plenum mehrheitlich gefordert und durchgeführt.
GO-Antrag: Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird die zeitliche Grenze der Beschlußfassung von 17 Uhr auf 17.15 Uhr verlängert. Diesem Antrag wird mit großer Mehrheit zugestimmt.
- 17:08 Die Abstimmung über die Anträge Haußleiter/Hasenclever muß ausgezählt werden. Das Präsidium unterbricht die Auszählung, da schriftlich die Mitteilung eingereicht wird, Hasenclever ziehe seinen Antrag zurück.
Danach dementiert W.-D. Hasenclever diese nicht von ihm abgegebene Meldung. Die angefangene Auszählung muß wiederholt werden; vorher wird einem Antrag auf Verlängerung der Beschlußfähigkeit um weitere 15 Min. (bis 17.30 Uhr) mehrheitlich zugestimmt.
Abstimmungsergebnis: 478 Delegierte stimmen für den Antrag von Haußleiter, 397 für den Antrag von Hasenclever. Damit ist der Antrag von Haußleiter angenommen.
- 17:23 Das Präsidiumsmitglied Heiner Ohmstedt verliert den Gründungsbeschluß. Von den 875 im Saal anwesenden Delegierten stimmen 53 gegen den Beschluß, 12 Delegierte enthalten sich der Stimme. Die Zweidrittelmehrheit wird festgestellt. Die Bundespartei DIE GRÜNEN ist damit gegründet.
- 17:28 Das Plenum feiert den Beschluß mit dem Sprechchor: "Weg mit dem Atomprogramm"
17:30 Das Präsidium schließt die Versammlung.

Karlsruhe, den 13. Januar 1980

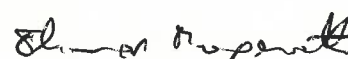
Für die Richtigkeit des Protokolls:



Klaus Hecker



Judith Jaenicke



Thomas Morgenroth



Boris Schamell